

Antrag 55/I/2022**OV Temnitz****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: ASG Brandenburg (Konsens)****Kommunalisierung aller privaten Krankenhäuser im Land Brandenburg**

1 Der OV Temnitz fordert den Landesparteitag dazu
 2 auf, sich dafür auszusprechen, die Privatisierung von
 3 Krankenhäusern rückgängig zu machen. Von dieser
 4 Forderung sind explizit gemeinnützige Krankenhäu-
 5 ser ausgenommen.

6 Bezüge:

- 7 1. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutsch-
8 land (GG)
- 9 2. Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der
10 Krankenhäuser und zur Regelung der Krank-
11 hauspflegesätze (Krankenhausfinanzierungs-
12 gesetz - KHG)
- 13 3. Gesetz zur Entwicklung der Krankenhäuser im
14 Land Brandenburg (Brandenburgisches Kran-
15 kenhausentwicklungsgesetz – BbgKHEG)

16

17 Begründung

18 Die Daseinsvorsorge sicherzustellen, zu der ein
 19 funktionierendes, erschwingliches und für jeder-
 20 mann schnell erreichbares Gesundheitssystem un-
 21 abdingbar gehört, ist Aufgabe des Staates. Die pla-
 22 nerische Gestaltung hierfür wird in § 6 Abs. 1 KHG (2)
 23 vom Bund an die Länder übertragen. Gemäß § 1 Abs.
 24 2 BbgKHEG (3) teilt sich das Land Brandenburg die
 25 Aufgabe der Sicherstellung der Krankenversorgung
 26 mit den Landkreisen und kreisfreien Städten. Auch
 27 die Anerkennung der Vielfalt der Trägerschaft der
 28 Krankenhäuser unseres Landes ändert nichts daran,
 29 dass der hoheitliche Auftrag nicht von den Schultern
 30 des Staates beziehungsweise der Öffentlichkeit ge-
 31 nommen werden kann.

32 Der Glaube, Krankenhäuser könnten erfolgreich pri-
 33 vatwirtschaftlich geführt werden und zugleich den
 34 Ansprüchen an eine Gesundheitsversorgung genü-
 35 gen, die sich allein an solidarischen Leitlinien orien-
 36 tiert, ist ein Trugschluss. Schon der in Wirtschafts-
 37 kreisen geläufige Terminus „Gesundheitsmarkt“ ist
 38 irreführend, handelt es sich hierbei doch gar nicht
 39 um einen Markt im klassischen Sinne. Für einen
 40 funktionierenden Markt bräuchte es ein freies Spiel
 41 von Angebot und Nachfrage, doch weder ist die/der
 42 Nachfragende freiwillig am Markt, denn sie/er hat
 43 es sich nicht ausgesucht, krank zu werden, noch ist

und Landtagsfraktion

44 der Anbietende frei in seinen Investitionsentschei-
45 dungen, da sie/er an öffentliche Planungs- und Be-
46 darfsdeckungsverfahren gebunden ist. Somit kann
47 auch keine an ökonomischen Maßstäben orientier-
48 te Preisbildung stattfinden. Des Weiteren bräuchte
49 ein freier Markt Elemente wie Konsumfreiheit, Ver-
50 tragsfreiheit und Kundenautonomie. Nichts davon
51 ist auf dem Felde der staatlichen Gesundheitsver-
52 sorgung zu finden, und das hat auch gute Gründe.
53 Der Mensch, dessen gesundheitlichem Wohlerge-
54 hen alle Anstrengungen im Bereich der Gesund-
55 heitspolitik gelten müssen, ist keine Ware. Der Um-
56 gang mit ihm darf daher keinen marktwirtschaftli-
57 chen Gesetzen folgen. Doch überall, wo die Priva-
58 tisierung die Krankenhauslandschaft heimgesucht
59 hat, ist dies geschehen, und es hat sich verheerend
60 auf unser Gesundheitssystem ausgewirkt. Weil der
61 private Krankenhausträger sein ureigenes Interesse,
62 nämlich das Erzielen einer Rendite auf seinen Ka-
63 pitaleinsatz, aufgrund der Limitierungen des Preis-
64 bildungsmechanismus nicht auf herkömmlichem
65 Wege durchsetzen kann - da das System aus Fall-
66 und Investitionspauschalen keine Eigenkapitalkos-
67 ten oder Abschreibungen auf eigenfinanzierte Anla-
68 gegüter einkalkuliert -, bleibt ihm nichts anderes üb-
69 rig, als das Versorgungsniveau zu senken. Dies wird
70 dann mit Schlagwörtern wie „Restrukturierung von
71 Versorgungsabläufen“ (meint: Aufgabe nicht profi-
72 tabler Leistungsbereiche und Reduzierung der An-
73 zahl der Beschäftigten), „Erzielung von Synergieef-
74 fekten“ (meint: Reduzierung der tariflichen Löhne
75 durch Outsourcing und Reduzierung des Sachauf-
76 wandes) oder „Steigerung der Effizienz“ (meint: Ver-
77 dichtung der Arbeitsbelastung) verbrämt.
78 Die „Gewinne“, die solche privat geführten Kran-
79 kenhäuser erwirtschaften und die im Kern öffentli-
80 che Gelder und Krankenkassenbeiträge sind, fließen
81 dann zum Teil nicht einmal in Investitionen oder For-
82 schung, sondern werden als Dividende an die Ak-
83 tionäre*innen ausgeschüttet. Hierdurch verschwin-
84 det jedes Jahr ein nicht unerheblicher Teil der Mittel,
85 die für den Gesundheitssektor vorgesehen waren, in
86 private Hand und wird zweckentfremdet.
87 Auch die Hoheit der Länder in Sachen Krankenhaus-
88 planung wird durch die Diagnosis Related Groups
89 (DRG) und die daraus resultierenden Fallpauschalen
90 ausgehebelt, wird die Entscheidung für oder gegen
91 den Erhalt eines Krankenhauses doch oftmals nicht
92 mehr aufgrund seiner Bedeutung für die öffentli-

93 che Gesundheitsversorgung getroffen, sondern an-
94 hand seines betriebswirtschaftlichen Ergebnisses.
95 So kann insbesondere die Versorgungssicherheit im
96 ländlichen Raum, der noch häufiger mit defizitären
97 Krankenhäusern zu kämpfen hat, nicht gewährleis-
98 tet werden.
99 Wir als OV Temnitz bewerten diese Entwicklung als
100 desaströs und fordern daher die Kommunalisierung
101 aller privaten Krankenhäuser im Land Brandenburg.
102 Nur so kann aus unserer Sicht sichergestellt werden,
103 dass das Sozialstaatsprinzip, wie es in Art. 20 Abs. 1
104 GG (1) niedergeschrieben ist, auch im Gesundheits-
105 sektor jederzeit Vorrang genießt und der Mensch so-
106 mit nicht zum Objekt marktwirtschaftlichen Han-
107 delns degradiert wird.